

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 81 (2003)
Heft: 3

Artikel: Drogenanbau und Bekämpfung : eine Übersicht
Autor: Suhner, Stephan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Drogenanbau und Bekämpfung

Eine Übersicht

1998 ist ein Schlüsseljahr im Jahrzehnte alten Drogenkrieg in Lateinamerika. In verschiedenen Ländern wurden weitreichende Drogenbekämpfungspläne in Angriff genommen, die Drogenpolitik in den USA und in den Anbauländern generell verschärft. Was ist jedoch der Hintergrund dieser intensivierten Phase des Drogen-

Stephan Suhner

krieges? Beispielhaft ein kurzer Rückblick auf die kolumbianische Drogenbekämpfung: Nachdem seit Anfang der 90er Jahre auch in Kolumbien der Cocaaanbau massiv zunahm, wurde der durch Skandale geschwächte Präsident Samper von den USA gezwungen, den Drogenanbau durch Besprühungen mit Herbiziden aus der Luft in grossem Stile durchzuführen. Diese Politik reduzierte das Drogenproblem jedoch in keiner Weise, schwächte aber die Demokratie und den Rechtsstaat, verschärfte den sozialen und bewaffneten Konflikt und führte zu massiven Umweltproblemen, u.a. durch Abholzung. 1994 gab es in Kolumbien ungefähr 45000 Hektaren Cocapflanzungen. Zwischen 1994 und 1998 wurden rund 140 000 Hektaren besprüht, also dreimal mehr als die bestehende Cocafläche 1994. Dabei gab es 1998 101 800 Hektaren Coca in Kolumbien¹. Verschiedene Studien haben

¹ Ricardo Vargas Meza, Estrategia antidrogas, fumigaciones aéreas de cultivos ilícitos y sus impactos socioambientales y políticos en Colombia, Bogotá, September 1999. Aktualisierte Daten: Von 1994 bis 2001 wurde eine Fläche 233 000 Hektaren besprüht, und trotzdem gab es im Jahr 2001 aber immer noch 136 000 Hektaren Coca, also dreimal mehr als zu Beginn der Besprühungen.

nachgewiesen, dass mit dem Drogenkrieg das Angebot an Drogen in den USA überhaupt nicht zurückging: Der Preis für ein Gramm Kokain sank von 1990 bis 1998 von 246,5 US-\$ auf 169 US-\$, das Gramm Heroin sank von 2165 US-\$ auf 1798 US-\$.

Seit den frühen 90er Jahren regte sich jedoch v.a. in Lateinamerika zunehmend Widerstand gegen die einseitige US-Drogenpolitik, z.B. gegen die entwürdigenden jährlichen Zertifizierungen. Mexiko schlug deshalb eine generelle Revision der weltweiten Drogenpolitik vor. Basierend auf der allgemein akzeptierten Erkenntnis, dass die bisherigen Anstrengungen weder eine Produktions- noch einen Konsumrückgang gebracht haben, sollte eine Sondersession der UN-Generalversammlung 1998 eine tiefgründige Evaluation vornehmen und eventuell neue Instrumente und Ziele verabschieden. Die USA und die UN-Drogenagenturen blockierten jedoch jede offene Diskussion und setzten durch, dass die «bewährten Instrumente» beibehalten und nun endlich mit gemeinsamem starken Willen konsequent angewendet werden; so werde man Erfolg haben, machten sie glauben. In der Schlusserklärung dieser UNGASS 1998 wurde das Ziel einer drogenfreien Welt bis 2008 festgeschrieben². Hauptziel der Drogenbekämpfung war eine Gruppe von acht Staaten, darunter Bolivien, Kolumbien

² Das PNUFID unter Pino Arlacchi erarbeitete den Plan SCOPE, wonach bis 2008 sämtliche Drogenpflanzungen ausgerottet sein sollten. Dieser Plan wurde zwar nicht verabschiedet, aber in der UNGASS-Erklärung wurde das Ziel einer drogenfreien Welt verankert und bis 2008 eine markante Reduktion des Anbaus verlangt.

und Peru. Zeitgleich bekräftigte auch die USA die harte Linie in der Drogenbekämpfung, indem im Oktober 1998 das Gesetz über die Vernichtung der Drogen in der westlichen Hemisphäre verankert wurde. Auf der UNGASS und der US-Politik beruhend, entstanden die Drogenbekämpfungspläne für Lateinamerika: Plan Dignidad in Bolivien, Plan Colombia und die regionale Andeninitiative³. Während immer mehr europäische Länder in ihrer nationalen Drogenpolitik pragmatische Ansätze der Schadensminderung verfolgten, wurde der Spielraum für alternative Politik in den Anbauländern praktisch auf null reduziert. Ausserdem verknüpfte die USA weitere Themen wie Kriminalität und Terrorismus mit dem Drogenproblem, um so den Prohibitionismus fester zu verankern. Wer aus dieser Politik ausscheren wollte, wurde zur Drogendemokratie, zum Paria und hatte mit scharfen US-Sanktionen zu rechnen.

In diesem Kontext wurde 1998 Andrés Pastrana mit dem Versprechen auf Frieden zum neuen kolumbianischen Präsidenten gewählt. Ein Friedensprozess muss notwendigerweise den Drogenkrieg zum Thema haben. Obwohl Pastrana ein sehr gutes Verhältnis zu den USA hatte, war auch sein Spielraum wegen den US-Vorgaben sehr eng: so standen die USA dem Friedensprozess mit den Aufständischen von Anfang an skeptisch gegenüber und machten klar, dass die Antidrogenpolitik unter keinen Umständen Verhandlungsgegenstand mit den Rebellengruppen sein könne. Die Regierung Pastrana erarbeitete einen Entwicklungsplan, der mit sozialen Investitionen in Konfliktzonen den Friedensprozess begleiten und finanzieren sollte. Dieser Plan Colombia wurde den USA zur Finanzierung vorgelegt, von diesen jedoch komplett umgeschrieben, bis er zu einem US-Kriegsplan in Kolumbien

³ Transnational Institute. Drogas: Polarización y parálisis en la ONU. Superando el impasse. Documentos de Debate No. 5. Amsterdam, Juli 2002.

wurde. Der Plan Colombia hatte drei grosse Ziele: 1. Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels; 2. Wirtschaftliche und soziale Stabilisierung und Entwicklung; 3. Stärkung der Institutionen und Förderung der Rechtsstaatlichkeit. Hauptpfeiler des Plans Colombia war die US-Militärhilfe im Umfang von 1,3 Mia. US-\$. Der kolumbianischen Armee kam die Hauptaufgabe bei der Drogenbekämpfung zu, wodurch die Behandlung des Drogenproblems als reines Sicherheitsproblem mit militärischen Mitteln weiter akzentuiert. Der Erfolg der Drogenpolitik wurde allein an der Anzahl vernichteter Hektaren Coca gemessen. Die Armee präsentierte laufend Erfolgsmeldungen, dass soundsoviele Hektaren Coca vernichtet worden seien, womit die Herstellung von x-Tonnen Coca verhindert worden sei und der Subversion damit y-Millionen US-\$ an Einnahmen entgangen seien. Die politischen und sozialen Folgen dieser Drogenbekämpfung (Gesundheitsprobleme der Bevölkerung in besprühten Gebieten, verendetes Vieh, zerstörte Nahrungspflanzungen, permanenter Kriegszustand, Vertreibung und Zerstörung der sozialen Netze) wurden ausgeblendet. Die FARC interpretierten den Plan Colombia als einen gegen sie gerichteten Plan zur Aufstandsbekämpfung, was für den Friedensprozess eine schwere Hypothek darstellen sollte und wesentlich zum Scheitern des Prozesses beitrug. Im Dezember 2000 startete der Plan Colombia im Departement Putumayo mit einer intensiven Sprühkampagne, in deren Verlauf in nur drei Monaten 50 000 Hektaren Coca besprüht wurden, fast 40% der damals existenten Fläche. Die massiven «Kollateralschäden» und Tausende Klagen betroffener Bewohner liessen den Menschenrechtsombudsmann einen zumindest vorübergehenden Stopp der Sprühflüge fordern: progressive Politiker, NGOs und soziale Bewegungen starteten im Sommer 2001 eine internationale Kampagne gegen die Besprühungen und für die Entkrimi-

Die USA

verknüpfte

weitere Themen

wie Kriminalität

und Terrorismus

mit dem Drogen-

problem, um so

den Prohibitio-

nismus fester zu

verankern.

Cocapflanzungen in Hektaren gemäss International Narcotics Control Strategy Report 2002											
Coca ha	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bolivien	45'500	47'200	48'100	48'600	48'100	45'800	38'000	21'800	14.600	19'900	24'400
Kolumbien	37'100	39'700	45'000	50'900	67'200	79'500	101'800	122'500	136'200	169'800	144'450
Peru	129'100	108'800	108'600	115'300	94'400	68'800	51'000	38'700	34'200	34'000	36'600
Total	211'700	195'700	201'700	214'800	209'700	194'100	190'800	183'000	185'000	223'700	205'450

**Wichtiger als die
Cocaaanbaufläche
sind die Hektaren-
erträge, die in
zehn Jahren von
4 auf über 5 kg
Kokain pro Hektare
gestiegen sind.**

nalisation der kleinen Drogenpflanzer. Diese Stimmen wurden von den kolumbianischen Sicherheitsbehörden als Unterstützer des Drogenhandels und der Narcoterroristen abqualifiziert; die USA liess Kolumbien wissen, dass jeglicher Unterbruch der Sprühflüge schwerwiegende Konsequenzen für die US-Hilfe haben würde. Pastrana sprühte also weiter.

Für April 2003 war eine Zwischenbilanz der UNGASS-Pläne angesagt und deren Misserfolg zeichnet sich ab. Trotzdem sprach der neue Generaldirektor des UN-Büros gegen Drogen und Delikte, Antonio M. Costa, von «ermutigenden Fortschritten auf dem Weg zu einem noch ferneren Ziel». Gestützt auch auf eine angebliche Reduktion der Fläche in Kolumbien, nannte Costa noch 179 000 Hektaren Coca im Andenraum, was 100 Tonnen weniger Kokain auf dem Markt entsprechen würde. Das US-Staatsdepartement geht jedoch immer noch von 204 000 Hektaren Coca im Andenraum aus. Auch für das Transnational Institute gibt es keine Zahlen, die Costas Optimismus rechtfertigen würden⁴.

Aus dieser Zahlenreihe über zehn Jahre geht kein klarer Reduktionstrend hervor, vielmehr starke regionale Schwankungen bei einem in etwa gleichbleibenden Total. Grundsätzlich sind die von verschiedener Seite vorgelegten Zahlen mit Vorsicht zu geniessen, da sie z.T. sehr inexakt sind. So gehen z.B. unabhängige Wissenschaftler für Peru für das Jahr 2000 von etwa 65 000 Hektaren aus⁵. Für die Gesamtmenge Ko-

kain wichtiger als die Cocaaanbaufläche sind die Hektarenerträge, die in zehn Jahren um 23% gestiegen sind, von etwa 4 auf über 5 kg Kokain pro Hektare. Insgesamt gibt es also zu viele Unbekannte, als dass man von einer Angebotsreduktion sprechen könnte. Genauere Berechnungen insbesondere der Erträge wären notwendig und bessere Indikatoren, um die tatsächlichen Auswirkungen auf den weltweiten Drogenmarkt zu messen. Gleiches passiert z.B. mit der Konfiskation von chemischen Vorläufersubstanzen, was immer als Erfolg gefeiert wird, weil damit die Produktion einer bestimmten Menge Kokain verhindert worden sei. Ebenso werden immer Erfolgsmeldungen über das Abfangen von Drogenladungen verbreitet. In beiden Fällen ist der Effekt auf die Verfügbarkeit von Drogen auf den Konsummärkten unbekannt.

Angesichts dieser ungewissen Bilanz und den Anzeichen für ansteigende Cocaaflächen in Peru und Bolivien und Hinweisen auf Pflanzungen in Venezuela, Ecuador und Brasilien bleibt der Druck auf alle Staaten der Region hoch. In Bolivien wird ein erbitterter Streit über den legalen Cocaaanbau geführt. Bolivien hatte 1998 versprochen, dass es bis 2002 die Coca ausrotte. Dieses Versprechen blieb unerfüllt. Versuche der Regierungen, die Coca im Chapare auszumerzen, führte zu militanten Protesten der Cocaleros mit Strassenblockaden und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die politische Bewegung des Bauernführers Evo Morales gelangte mit 21% der

⁴ Transnational Institute. Oferta global de Coca/cocaína: las cifras del progreso. Informe sobre políticas de drogas No. 6, Amsterdam, April 2003, S. 1.

⁵ ibd. S. 5.

Stimmen auf den 2. Platz, was die Krise der traditionellen Parteien zeigt. Von den Cocaleros unter Druck, versuchte die bolivianische Regierung ein Entgegenkommen, was sofort zu US-Drohungen einer Kürzung der Wirtschaftshilfe führte. In Peru hat die USA die Hilfe ausgedehnt, um negative Auswirkungen des Plans Colombia zu bekämpfen und gleichzeitig ein härteres Durchgreifen gegen den Cocaaanstieg gefordert. Im September 2002 sagte die peruanische Regierung zu, wieder zwangsweise Cocaausrottung durchzuführen, etwas, was Peru seit Ende der 80er Jahre nicht mehr tat, um dem Sendero Luminoso nicht Sympathien der betroffenen Bevölkerung zuzuhalten. Im Februar 2003 gab es während eines 11-tägigen Streiks über 70 Verletzte. Die Cocaleros Perus haben mit Nelson Palomino erstmals einen politischen Anführer. Dieser wurde im Frühjahr verhaftet, weil er angeblich Sendero Luminoso unterstütze, worauf Tausende Anhänger gegen die Festnahme protestierten. So ist in allen Andenländern eine Verhärtung und Militarisierung der Drogenpolitik feststellbar, mit schweren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, den sozialen Frieden und die auf die Stabilität der schwachen Demokratien. Mit gezielten Alarmmeldungen und Falschinformationen wird ein Klima geschaffen, das Drogen- und Terrorbekämpfung rechtfertigt. So ist beispielsweise immer wieder davon die Rede, dass kolumbianische Guerillagruppen in den Nachbarländern den Drogenanbau fördern oder bewaffnete Gruppen ausbilden.

Trotz dieser Misserfolgsbilanz und den hohen soziopolitischen Kosten des Drogenkrieges gelang es auch an der UNGASS 2003 nicht, eine neue Drogenpolitik zu entwerfen, die vermehrt auf Schadensminderung auf der Anbauseite setzen würde und die simplen Reduktionsziele als Erfolgsmesser durch Ziele nachhaltiger wirtschaftlicher, politischer und regiona-

ler Entwicklung ersetzen würde. Die USA dominierten die Beratungen und schrieben mit der Verbindung Drogenhandel-Terrorfinanzierung diese sinnlose Drogenbekämpfung fort. In diesem Sinne hat der 11. September 2001 die Ausgangslage für eine Revision der Drogenpolitik nachhaltig verschlechtert und die Situation in der ganzen Andenregion verschärft. In Bezug auf Kolumbien wurden noch 2001 die Guerillagruppen FARC und ELN und 2002 auch die paramilitärischen Vereinigten Selbstverteidigungskräfte AUC von den USA als Terrorgruppen deklariert. Alle drei finanzieren sich zumindest teilweise aus dem Drogenhandel, weshalb Parallelen zu den Taliban gezogen werden, die ebenfalls Terrorismus und Drogenhandel verbinden würden.

In einem Moment, als der Drogenkrieg und der Plan Colombia massiv hinterfragt wurden, kamen die Terroranschläge den USA und der kolumbianischen Armeeführung wie gerufen, um nun in Lateinamerika und speziell in Kolumbien den Drogenkrieg als Krieg gegen Narcoterroristen wie die FARC neu zu legitimieren und diese auch direkter zu bekämpfen. Die FARC werden als eine Gruppe dargestellt, die US-Ziele und -Bürger in Kolumbien angreift und durch ihre internationalen Kontakte auch in der Lage sei, die USA selbst anzugreifen. Verschiedene US-Vertreter betonten, dass keine Unterscheidung zwischen Aufständischen und Terroristen gemacht werde. Weiter wird die Gefahr einer Kapitulation der schwachen Staaten vor dem Drogenhandel an die Wand gemalt. Ein solcher Drogenhändlerstaat könnte dann den Terroristen als Sprungbrett für ihre Attacken auf die USA dienen⁶. Damit lässt sich die Antiterrorinitiative für Lateinamerika, die in Ergänzung zur Andeninitiative erarbeitet wird, rechtfertigen.

⁶ El Tiempo. FARC son amenaza para estadounidenses: DEA. 03.10.2001. Information Network of Americas. Washington's Anti-terror campaign in Colombia. Colombia Report. 01.10.2001.

Von den Cocaleros unter Druck, versuchte die bolivianische Regierung ein Entgegenkommen, was sofort zu US-Drohungen einer Kürzung der Wirtschaftshilfe führte.

Diese Antiterrorinitiative soll v.a. dem Datenaustausch und der Kooperation der Geheimdienste dienen, den Gesetzen Nachachtung verhelfen und die Finanzströme der Terrorgruppen trockenlegen; jedoch wird auch der Einsatz militärischer Mittel gegen Terrorgruppen in Lateinamerika nicht ausgeschlossen. US- und kolumbianische Sicherheitsstellen haben mittlerweile den «Beweis» erbracht, dass die FARC ein simples Drogenkartell sind. Anfang Juni 2003 wurden die FARC und die AUC als Chefs einer Drogenbande definiert, was die Blockierung sämtlicher Vermögenswerte und hohe Strafen ermöglicht (Kingpin Act)⁷.

Die Argumentation der USA und immer mehr auch der kolumbianischen Regierungen wurde immer haarsträubender. So lancierte die USA eine Bewusstseinskampagne, wonach US-Drogenkonsumenten direkt den Terrorismus finanzieren. Sowohl kolumbianische wie US-Regierungsstellen nehmen stereotyp immer wieder auf den 11. September Bezug. So liess der Informationsdienst des US-Staatsdepartements unlängst verlauten, dass der Drogenhandel in den USA jährlich 50 000 Tote fordere, 19 000 davon direkt durch den Konsum. Somit hätten die Drogen jährlich sechsmal mehr Tote zur Folge als die Anschläge vom 11. September. Der Narcoterrorismus sei eine der schlimmsten Bedrohungen für die Sicherheit der USA, Kolumbiens und der Andenregion⁸. Der damalige Antidrogenzar Walter liess verlauten, dass die USA im Jahr 2000 160 Mia. US-\$ durch den Drogenkonsum verloren hätten (Produktivitätsverluste, Verlust an Lohnzahlungen der Gefangenen und Toten, Gesundheitskosten, Kosten für Prävention und Bekämpfung usw.), 62 Mia. US-\$ gaben die Amerikaner für den Drogenkonsum selbst aus. Diese 220 Mia. US-\$ entspricht 200mal

der US-Hilfe an den Plan Colombia während zweier Jahre. Diese Zahlen legen nahe, weshalb der Drogenhandel eine Gefahr für die wirtschaftliche Sicherheit der USA sei⁹. Der kolumbianische Präsident selbst stellt das Land, das er zu regieren vorgibt, als eine weltweite Gefahr grösser als der Irak unter Saddam dar und fordert von den USA offen eine Militärintervention wie im Irak. Der kolumbianische Vizepräsident Francisco Santos beschrieb Anfang Juni bei einem Senatshearing in Washington in dramatischen Tönen die schweren Schäden und Gefahren, die von der Zusammenarbeit zwischen den Drogenhändlern und den illegalen bewaffneten Gruppen ausgehen würden. Jeden Monat fordere die narcoterroristische Gewalt in Kolumbien 3000 Todesopfer und damit fast gleichviel wie die Anschläge des 11. September. Ausserdem äusserte er Befürchtungen über die baldige Verwendung von Massenvernichtungswaffen durch die kolumbianischen Terrorgruppen und über mögliche Verbindungen zu Al Kaida.

Uribe versprach einen erbarmungslosen Kampf gegen den Drogenhandel und den Terror. So startete er im August 2002 eine neue Phase des Plans Colombia, intensivierte die Besprühungen aus der Luft und erhöhte noch einmal die Konzentration der Sprühmischung. Die noch unter Pastana abgeschlossenen Abkommen zur manuellen Ausrottung waren ein derartiger Misserfolg (wohlgemerkt wegen der staatlichen Ineffizienz), dass sie Uribe ersatzlos strich und beschloss, auch Pflanzungen von weniger als drei Hektaren unterschiedslos zu besprühen. Ziel ist, gleichzeitig überall besprühen zu können, um so das Ersetzen besprühter Flächen verhindern und einen Trendbruch herbeiführen zu können. Zumindest bis 2001 war dies nicht gelungen: obwohl jährlich mehr besprüht wurde, breitete sich die Coca immer mehr aus, auch in ganz

⁷ El Colombiano, Medellín, 4. Juni 2003.

⁸ <http://usinfo.state.gov.español>, Download, 20. Juni 2003.

⁹ El Tiempo, 25. Januar 2002.

neue Regionen. Was die jüngsten Zahlen betrifft, besteht keine absolute Klarheit: das US-Staatsdepartement geht für 2002 von einer 15%igen Reduktion aus, nämlich von 169 800 Hektaren 2001 auf 144 450 Hektaren 2002. Die kolumbianische Regierung hat zusammen mit der UNO gar eine 30%ige Reduktion ermittelt, von 144 087 Hektaren im Dezember 2001 auf 102 000 Hektaren im Dezember 2002. Das würde also die Erfolgsbilanz der äusserst aggressiven Sprühkampagne darstellen: 2002 wurden 126 933 Hektaren besprüht, eine Steigerung um 45% gegenüber 2001. Die Entschlossenheit Uribes soll nun jedoch Resultate bei der Ausrottung der Coca zeigen: Ende 2003 werde es nur noch 70 000 Hektaren Coca geben, ein Drittel der Fläche von vor vier Jahren¹⁰. Um das zu erreichen, sollen 2003 200 000 Hektaren besprüht werden, mithin fast das Doppelte der noch existierenden Cocafläche!

Es stellt sich die Frage, ob sich hinter dieser gescheiterten und enorm kostspieligen Drogenbekämpfungsstrategie nicht ganz andere Ziele verbergen. Abgesehen von der offensichtlichen Ineffizienz der Bekämpfung gibt es seit Jahren glaubwürdige Zeugensagen, die an diesen hehren Zielen zweifeln lassen. So ist seit langem bekannt, dass in Gebieten unter paramilitärischer Kontrolle kaum Cocafelder besprüht werden oder früher teilweise grosse kommerzielle Pflanzungen der Drogenbosse von den Sprühaktionen verschont geblieben waren, während sich die Sprühaktionen auf die Hochburgen der Aufständischen oder auf Zonen mit «unbotmässiger» Bevölkerung konzentrierten, z.B. auf Gebiete mit Bauernprotesten. Ebenso gibt es Dutzende, wenn nicht Hunderte von glaubwürdigen Zeugenaussagen, die die direkte Beteiligung der Armee am Drogenhandel bestätigen, dies häufig unter dem wohlwollenden Blick der

US-Militärberater und Drogenkämpfer. Ja die Coca ist sogar ein wichtiges Element der Aufstandsbekämpfung: an der ganzen Pazifikküste Kolumbiens breitet sich der Cocaanbau ungehindert aus, gefördert von paramilitärischen Gruppen und teilweise der Armee. Damit werden verschiedene Ziele erreicht: Einerseits wird so versucht, die gemeinschaftliche Kultur und den kollektiven Bodenbesitz der indigenen und afrokolumbianischen Gruppen zu zerstören, das Urwaldgebiet wird dadurch der Kolonisation und der Ausbeutung zugänglich gemacht (Coca als kapitalistische Speerspitze), aus den Gewinnen werden die paramilitärischen und Armeoperationen finanziert und schlussendlich rechtfertigt das Vorhandensein der Coca legale militärische Antidrogenoperationen, womit dann die staatliche Ordnung wieder hergestellt wird.

Die Drogenbekämpfung durch den Plan Colombia verfolgt handfeste wirtschaftliche Interessen: Die US-Erdölindustrie hat von Anfang an massiv zugunsten des Plans Colombia lobbyiert und als Gegenleistung für die umfangreiche US-Hilfe wurde eine weitere Öffnung des kolumbianischen Ölsektors gefordert; seit Beginn des Plans Colombia ist die Fläche, auf der in Kolumbien nach Erdöl gesucht oder schon gefördert wird, um 500% gestiegen. Um das Überspringen negativer Folgen des Plans Colombia auf die Nachbarländer zu verhindern, wurde die Hilfe an diese erhöht, gleichzeitig ist die US-Militärpräsenz in Kolumbien – v.a. in den Grenzregionen – und in den Nachbarländern ganz klar als Ordnungsfaktor gegen unbotmässige Regierungen (Chavez in Venezuela, Lula in Brasilien) und gegen starke Sozialbewegung zum Beispiel gegen das lateinamerikanische Freihandelsabkommen ALCA gerichtet. Die gewollte Verschiebung der Coca in Richtung brasilianische Grenze kommt so den US-Strategen sehr gelegen. Mit US-Geldern werden in Kolumbien drei neue Antidrogenbasen errichtet: eine

Es stellt sich die Frage, ob sich hinter dieser gescheiterten Drogenbekämpfungsstrategie nicht ganz andere Ziele verbergen.

¹⁰ El País, Cali, 4. Juni 2003.

in der Region Sur de Bolívar, wo die reichste Goldmine der Welt liegt und eine Ölpipeline der US-Multis durchführt, eine zweite in Nordsantander, wo unter anderem die HARKEN Energy von Präsident Bush Förderrechte besitzt, und in Tolima, ebenfalls als ressourcenreiches Gebiet im Blickfeld der US-Energie- und Rohstoffmultis. In der Zwischenzeit ist die früher offiziell scharfe Trennung zwischen US-Militärhilfe zur Drogenbekämpfung so weit aufgeweicht, dass US-Truppen unter der Rubrik Terrorbekämpfung kolumbianische Armeeeinheiten in der Bewachung von Erdölpipelines und anderen

Energie- und Infrastrukturanlagen ausbilden und deren Funktionieren finanzieren.

Stephan Suhner, nach dem Studium der Neusten Allgemeinen Geschichte und Soziologie in Bern, mehrere mehrmontige Aufenthalte in Kolumbien; seit 1996 Mitglied der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien; seit 2001 Fachstellenleiter der ASK mit Büro in Bern; askbern@tiscalinet.ch; siehe auch www.kolumbien-aktuell.ch